



Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen im Land Brandenburg

Presseerklärung 28.09.2011

Volksinitiative „Schule in Freiheit“ erreicht ihr erstes Ziel

Über 35.000 Unterschriften werden am 28.09.2011 an den Landtagspräsidenten übergeben. Dass diese in relativ kurzer Zeit gesammelt werden konnten, daran haben die Schulen in freier Trägerschaft, ihre Lehrer, Eltern und Schüler einen großen Anteil. Unterschreiben konnten hier auch Jugendliche ab 16 Jahren: Schule in Freiheit – das ist ein Thema, das sie unmittelbar betrifft.

Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ setzt sich nicht nur für Schulen in freier Trägerschaft, sondern für Schulen jeder Trägerschaft ein: **von einem größeren Freiraum wird das gesamte Schulwesen in Brandenburg profitieren**. Sie hat auch bei den staatlichen Schulen ihre Sympathisanten, auch wenn sich viele bei bestehenden Abhängigkeiten nicht frei fühlten zu unterschreiben.

Ein großer Spielraum für die Gestaltung eigener Schulkonzepte, Unterrichtsmethoden, eines förderlichen Schulklimas ist bereits jetzt für Schulen in freier Trägerschaft selbstverständlich. Ihnen ist dabei bewusst, dass zur Freiheit der Gestaltung die Verantwortung für den Erfolg gehört. Gegenwärtig weht den Schulen in freier Trägerschaft jedoch der Wind ins Gesicht: dass sie nicht in das umfassende Regulierungswerk staatlicher Gesetzesbestimmungen und Verordnungen eingebunden sind, wird als ungerecht bezeichnet. Die staatliche Finanzhilfe (sie deckt durchschnittlich 2/3 des Bedarfs Freier Schulen) wird als üppig dargestellt – ja: die Neugründungen der letzten Jahre sollen sogar Folge einer zu reichlichen staatlichen Finanzhilfe sein. Ein Gesetzesentwurf der Landesregierung soll die Finanzhilfe je nach Schulform bis zu 37% kürzen.

Diese Pläne bauen auf einer verzerrten Wahrnehmung der Realität auf. Eltern und Lehrer engagieren sich in Freien Schulen, weil sie Möglichkeiten einer anderen Gestaltung von Schule sehen. Keine staatliche Schule wird besser dadurch, dass man die Schulen in freier Trägerschaft wirtschaftlicher Grundlagen beraubt und dadurch verdrängt. Vor allem aber geht eine solche Politik in die verkehrte Richtung. Wir brauchen weniger - nicht mehr - Reglementierung, mehr Gestaltungsfreiheit – nicht weniger - auch für Schulen in staatlicher Trägerschaft. Das Land braucht ein Schulwesen, das frei zugänglich ist – gleich, ob in staatlicher oder in freier Trägerschaft. Die Kluft zwischen der Finanzausstattung staatlicher und Freier Schulen darf nicht Jahr um Jahr vergrößert, sie muss vielmehr entschlossen verkleinert werden. Hier ist eine Richtungsumkehr nötig.

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen engagiert sich für die Volksinitiative „Schule in Freiheit“, weil sie für eine grundlegende Richtungsänderung der Bildungspolitik eintritt. Sie kämpft für ein Bildungswesen in staatlicher und freier Trägerschaft, das zusammen und gleichberechtigt an der einen öffentlichen Bildungsaufgabe arbeitet. Brandenburg braucht eine gute Bildung für alle.

Christoph Schröder, Vorsitzender der AGFS